



MARTIN JUNG / KEystone

Motorradtouristen (im Februar in Algerien)

ENTFÜHRUNGEN

# Kampf in der Sahara

Die Lösung des Geiseldramas in der Sahara wird durch einen tödlichen Zwischenfall erschwert. Bei ihrer Flucht von Algerien nach Mali soll eine Gruppe aus dem Umfeld der Entführer auf mehrere algerische Zollbeamte gestoßen sein. Anhänger der radikalislamischen „Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf“ hätten dabei im Juli drei Zöllner verschleppt und getötet. Die algerische Armee, die die Geisel-

nehmer für die Eskalation verantwortlich macht, sichere deshalb verstärkt die Grenze, damit die Kidnapper nicht mehr nach Algerien zurückkehren können. Auf Druck der Bundesregierung hätten sich die Algerier aber bereit erklärt, bis zur Lösung des Dramas auf einen Angriff zu verzichten. Mittlerweile hat die malische Regierung einen Provinzgouverneur als weiteren Vermittler eingeschaltet. Der bisherige Unterhändler, ein Ex-Rebell namens Iyad Aghali, gab an, er habe bei ersten Gesprächen auch den entführten Berliner Christian Grüne sehen können; ihm gehe es den Umständen entsprechend gut. Grüne, der besonders gut Französisch spricht, befinde sich bei dem Chefunterhändler auf Seiten der Islamisten fernab vom Rest der Touristengruppe. Intensiven Kontakt zu den Kidnappern hält per Satellitentelefon auch die Bundesregierung. Bei den fast täglich stattfindenden Gesprächen gehe es vor allem um medizinische Versorgung. Eine weitere Lieferung mit Medikamenten soll die Geiseln inzwischen erreicht haben. Unterdessen hat der Bundesnachrichtendienst (BND) auch offiziell die Erlaubnis erhalten, in Mali operativ tätig zu werden. Bislang war der BND in dem nordafrikanischen Land nicht vertreten.

FDP

## Verschwiegener Kurier

In der Möllemann-Affäre sorgen neue Erkenntnisse für Aufregung unter Spitzenliberalen. Fritz Goergen, ehemaliger Wahlkampfmanager des FDP-Parteichefs Guido Westerwelle, war offenbar, dies ergibt sich aus Luxemburger Bankunterlagen, ein weiteres Mal im Auftrag seines Freundes Jürgen Möllemann als Geldkurier unterwegs. Neben der einen Million Euro, mit der vermutlich Druck sowie Vertrieb des umstrittenen Flyers finanziert wurden und die Goergen mit einer Einzelvollmacht Möllemanns am 13. September 2002 abgeholt haben soll, ist auch eine Barabhebung von 300 000 Euro im März desselben Jahres registriert. Der Zeitpunkt alarmiert die FDP-Oberen. Er liegt kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, bei der die Spitzenkandidatin und jetzige Generalsekretärin Cornelia Pieper am 21. April mit über 13 Prozent ein glänzendes Ergebnis ein-

fuhr. Möllemann hatte die Parteifreunde im Osten eifrig im Wahlkampf unterstützt. Überprüfungen von Staatsanwaltschaft und Partei ergaben bisher keine Hinweise darauf, dass in Sachsen-Anhalt illegale Spendengelder eingespeist wurden, wie das in Nordrhein-Westfalen über Jahre der Fall war. Der Mann, der das Geheimnis lösen könnte, hüllt sich in Schweigen. Goergen: „Ich habe keine Veranlassung, etwas zu sagen.“



FRANK OSSENBRINK

Goergen, Möllemann (April 2000)

AUFBAU OST

## PDS für Westhilfe

Westdeutsche Kritiker des Förder- systems erhalten in der Debatte um die Milliardenhilfe für Ostdeutschland Beistand – von der PDS. In einem „Sofortprogramm für aktive Beschäftigungspolitik“, das PDS-Chef Lothar Bisky gemeinsam mit Berlins Wirtschafts- senator Harald Wolf und Mecklenburg- Vorpommerns Arbeitsminister Helmut Holter (beide PDS) erarbeitet hat, fordern sie eine Änderung der bisherigen Ost-Förderpraxis – inklusive der „Reduzierung von Fördertöpfen“. Zuletzt hatte dies NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) verlangt. Die Hilfen müssten vom Bedarf und nicht von der Himmelsrichtung abhängen, so Holter: „Es ist doch ein Fakt, dass die Stadt Duisburg so bedürftig ist wie manche Region im Osten.“ Auch wehren sich die PDS-Wirtschaftspolitiker – ähnlich wie die von CDU und FDP – gegen die Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht. Sie dürfe nicht die in den neuen Ländern „ums Überleben kämpfenden Freiberufler“ über Gebühr belasten.